

Bedroht sein

Gesellschaften unter Stress
im Vergleich

Herausgegeben von
Ewald Frie, Mischa Meier
und Dennis Schmidt



Bedrohte Ordnungen 19

Mohr Siebeck

Bedrohte Ordnungen

Herausgegeben von

Renate Dürr, Ewald Frie und Mischa Meier

Beirat

Regina Bendix, Astrid Franke, Klaus Gestwa,
Andreas Holzem, Irmgard Männlein-Robert, Rebekka Nöcker,
Steffen Patzold, Christoph Riedweg, Martina Stercken,
Hendrik Vollmer, Uwe Walter, Benjamin Ziemann

19



Bedroht sein

Gesellschaften unter Stress
im Vergleich

herausgegeben von
Ewald Frie, Mischa Meier
und Dennis Schmidt

Mohr Siebeck

Ewald Frie, geboren 1962; Professor für Neuere Geschichte an der Eberhard Karls Universität Tübingen

Mischa Meier, geboren 1971; Professor für Alte Geschichte an der Eberhard Karls Universität Tübingen

Dennis Schmidt, geboren 1986; Lehrkraft für besondere Aufgaben am Historischen Institut der FernUniversität in Hagen

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Projektnummer 170320015 – SFB 923

ISBN 978-3-16-156950-0 / eISBN 978-3-16-156951-7

DOI 10.1628/978-3-16-156951-7

ISSN 2197-5477 / eISSN 2568-4035 (Bedrohte Ordnungen)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2023 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Martin Fischer aus der Minion gesetzt, von Hubert und Co. in Göttingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Den Umschlag entwarf Uli Gleis in Tübingen. Umschlagabbildung: Ausschnitt aus Raffael, Die Begegnung Leos des Großen mit Atilla, Stanza di Eliodoro, Apostolischer Palast, Rom, 1514. Gemeinfrei.

Printed in Germany.

Vorwort zur Reihe „Bedrohte Ordnungen“

Was geschieht in Gesellschaften, wenn Handlungsoptionen unsicher werden, Verhaltenserwartungen und Routinen in Frage stehen, wenn Akteure das Gefühl gewinnen, sich jetzt oder in naher Zukunft wahrscheinlich nicht mehr aufeinander verlassen zu können, wenn sie von Bedrohung reden, Gründe dafür suchen und sie meistens auch finden? Zeit ist ein knappes Gut. Emotionen treten stärker in den Vordergrund und verändern sich. Grenzen sozialer Gruppen werden fraglich. „Bedrohte Ordnungen“ tragen ein hohes Potential für schnellen sozialen Wandel in sich, das aber nicht immer wirksam werden muss.

„Bedrohte Ordnungen“ können aus Katastrophen hervorgehen. Sie können die Folge plötzlicher gesellschaftsinterner Konflikte sein. Sie können aus latenten Spannungen hervorbrechen oder die Folge einer Konkurrenz von Ordnungen sein. Verschiedene Forschungstraditionen fließen damit in Untersuchungen ein, die nicht von klassifikatorischen Begriffen wie „Aufruhr“, „Revolution“ oder „Naturkatastrophe“ ausgehen, sondern dynamische gesellschaftliche Prozesse ins Zentrum stellen, die mit der Wahrnehmung und Behauptung von Bedrohung und dem Rekurs auf Ordnung zusammenhängen.

„Bedrohte Ordnungen“ gibt es in allen Epochen der Historie und in allen Kulturen der Welt. Wirken über Zeiten und Räume hinweg ähnliche Mechanismen? Lassen sich Unterschiede typologisieren? Die Reihe „Bedrohte Ordnungen“ lädt Geschichts-, Kultur- und Sozialwissenschaftler ein, zu diesen Fragen Beiträge zu liefern. Sie ist dem DFG-geförderten Sonderforschungsbereich 923 „Bedrohte Ordnungen“ verbunden, möchte aber auch über ihn hinaus Forschungen anstoßen und dokumentieren.

Die Reihenherausgeber

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur Reihe „Bedrohte Ordnungen“	V
--	---

Ewald Frie / Mischa Meier

Einleitung	1
------------------	---

Bernhard Linke

Die Konzentration des Politischen und die Dezentralisierung der Bedrohung	11
--	----

Aloys Winterling

Caesars Ehre und die Bedrohung der Ordnung der römischen Republik ...	33
---	----

Steffen Patzold

Bedrohte Ordnung im Frankenreich der 880er-Jahre. Ein Versuch über Hinkmar von Reims und die Mobilisierung von Recht und Geschichte	57
---	----

Christoph Dartmann

Von Ordnungshütern und Schlafwandlern. Zur Wahrnehmung und Interpretation kultureller Dynamik im italienischen Hochmittelalter	81
---	----

Klaus Ridder

Bedrohungstheater. Die Berner Fastnachtspiele des Niklaus Manuel	97
--	----

Ernst Henning Hahn / Jan Sändig / Felix Schaefer /

Annette Schramm / Marie Schreier / Joachim Werz

Macht und Mobilisierung in Bedrohten Ordnungen	111
--	-----

Winfried Speitkamp

Bedrohliche Unordnung. Gewaltgemeinschaften im östlichen Afrika des 19. Jahrhunderts	141
---	-----

Jochen von Bernstorff

Ordnung – Bedrohung – Recht. Eine Skizze	159
--	-----

Dirk van Laak

Twin Peaks: Sicherheit und Bedrohung in historischer Perspektive 175

Irene Poczka

Wissensordnungen in Zeiten der Bedrohung. Zwei Fallbeispiele zur
Bedrohung durch Antibiotikaresistenz aus den 1950er- und 1990er-Jahren 191

Tanja Granzow/Gabriele Alex

Die Brüche zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft heilen.
Hoffnung und Aspirationen als sine qua non der Ordnungsherstellung 215

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 247

Einleitung

Ewald Frie / Mischa Meier

Am 18. März 2020 wandte sich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Fernsehansprache an die deutsche Bevölkerung.¹ Allein dies war höchst ungewöhnlich. Die Regierungschefin machte denn auch sogleich deutlich, dass das Land sich in einer außergewöhnlichen Situation befand. „Das Coronavirus“, so begann sie, „verändert zurzeit das Leben in unserem Land dramatisch“ – um kurz darauf fortzufahren: „Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst. Seit der Deutschen Einheit, nein, seit dem Zweiten Weltkrieg gab es keine Herausforderung an unser Land mehr, bei der es so sehr auf unser gemeinsames solidarisches Handeln ankommt“. Merkel beschrieb die aktuelle Lage angesichts einer unerforschten Viruserkrankung, die sich rasch ausbreitete und gegen die bis dahin weder eine Therapie noch eine Impfung zur Verfügung standen. Sie versuchte, den Bürgern die Angst vor dem Zusammenbruch des Staates und möglichen Versorgungsengpässen zu nehmen. Je mehr sie sich darum bemühte, desto deutlicher wurde die existenzielle Bedrohung im Hintergrund, auf deren Zurückdrängung nunmehr alle Kräfte zentriert werden sollten. Das aber bedeute vor allem eines: „[...] Zeit zu gewinnen. Zeit, damit die Forschung ein Medikament und einen Impfstoff entwickeln kann“.

Ungleich drastischer und emotionaler hatte sich bereits zwei Tage zuvor der französische Präsident Emmanuel Macron in einer Rede an die Nation geäußert, in der er mehrfach die programmatische Phrase „Nous sommes en guerre“ wiederholte, um die Dramatik der Ereignisse zu illustrieren und sein weiteres Vorgehen zu begründen.² Andere Regierungschefs richteten ähnliche Worte an ihre Bevölkerungen. Menschen wähten sich im Ausnahmezustand: Mitte März waren Bilder von Militärkolonnen um die Welt gegangen, die Opfer der neuartigen Seuche aus der italienischen Stadt Bergamo, die als erste besonders betroffen war, transportierten. Bald traten ähnliche Bilder aus anderen Städten weltweit hinzu. In Deutschland ermöglichte das Entsetzen, das sie auslösten, die breite Akzeptanz der Bund-Länder-Beschlüsse vom 22. März 2020, mit denen ein erster par-

¹ <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975232/1732182/d4af29ba76f62f61f1320c32d39a7383/fernsehansprache-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-data.pdf?download=1> (01.03.2022).

² <https://de.ambafrance.org/ALLOCUTION-DU-PRESIDENT-DE-LA-REPUBLIQUE-SUR-LE-CORONAVIRUS-COVID19> (01.03.2022).

tieller *lockdown* verhängt wurde. Fortan stellten der Schutz vor dem Virus und seine Bekämpfung den Fluchtpunkt globaler Kommunikation und Politik dar.

An der Universität Tübingen war wenige Monate zuvor der SFB 923 ‚Bedrohte Ordnungen‘ in seine dritte Förderphase eingetreten; seine Mitglieder waren damit beschäftigt, den Forschungsprozess für die nächsten vier Jahre zu organisieren. Acht Jahre lang hatte sich der Verbund bereits mit vergangenen und gegenwärtigen – wenngleich räumlich entfernten – Bedrohten Ordnungen befasst, getragen von dem Bemühen, ein zeitlich, räumlich und Disziplinen übergreifendes Modell zu erarbeiten, um Situationen Bedrohter Ordnung besser beschreiben, analytisch zu erfassen und miteinander in Beziehung setzen zu können. Während dieser Zeit hatte sich viel ereignet: Vom syrischen Bürgerkrieg über die Migrationskrise des Jahres 2015, den Aufstieg der ‚Alternative für Deutschland‘, die wachsende Unsicherheit in der globalen Politik, die durch die Trump-Administration verursacht wurde, den Brexit bis hin zur Klimakrise. Gefragt, ob Deutschland oder die Welt sich in einer Bedrohten Ordnung befänden, hatten die Mitglieder des SFB bis dahin jedoch stets abgewiegelt. Denn keine der genannten Herausforderungen hatte die Kriterien erfüllt, die der SFB zur Definition einer ‚Bedrohten Ordnung‘ erarbeitet hatte. Dies änderte sich im März 2020 ganz unvermittelt: Nach dem Bergamo-Schock und dem Beginn des ersten *lockdown* wurden auch für den SFB sämtliche Routinen, die bis dahin etabliert worden waren, infrage gestellt. Büros durften nicht mehr aufgesucht werden, Bibliotheken wurden geschlossen, Arbeitsgruppen konnten sich nicht mehr zum gemeinsamen Nachdenken verabreden. Plötzlich war der SFB Teil seines eigenen Untersuchungsgegenstandes.

Für den SFB gilt eine Ordnung dann als bedroht, wenn Akteure den Eindruck gewinnen, dass ihre alltäglichen Routinen nicht mehr funktionieren, dass Erwartungen nicht mehr erfüllt werden, dass Handlungsoptionen verloren gehen oder doch zumindest unklar werden und dadurch ein Gefühl entsteht, sich nicht mehr aufeinander verlassen zu können.³ Die Bedrohung, ihre Quelle und ihre möglichen Folgen beginnen die Kommunikation zu dominieren. Diese

³ Zum Folgenden s. Ewald Frie/Mischa Meier, *Bedrohte Ordnungen. Gesellschaften unter Stress im Vergleich*, in: dies. (Hrsg.), *Aufruhr – Katastrophe – Konkurrenz – Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften*, Tübingen 2014, 1–27; Ewald Frie/Boris Nieswand, „Bedrohte Ordnungen“ als Thema der Kulturwissenschaften. Zwölf Thesen zur Begründung eines Forschungsbereichs, in: *Journal of Modern European History* 15,1, 2017, 5–15; Ewald Frie, „Bedrohte Ordnungen“. Ein Angebot für den Geschichtsunterricht, in: Dennis Schmidt/Johanna Singer/Roland Wolf (Hrsg.), *Bedrohte Ordnungen. Konzepte, Materialien und Arrangements für den Geschichtsunterricht*, Frankfurt am Main 2018, 10–18; Ewald Frie/Thomas Kohl/Mischa Meier (Hrsg.), *Dynamics of Social Change and Perceptions of Threat*, Tübingen 2018. S. auch die Homepage des von der DFG seit 2011 geförderte Tübinger Sonderforschungsbereichs 923 ‚Bedrohte Ordnungen‘, vgl. <https://uni-tuebingen.de/forschung/forschungsschwerpunkte/sonderforschungsbereiche/sfb-923/aktuelles/> (01.03.2023). Zur Einführung sei auch auf die virtuelle Ausstellung des Sonderforschungsbereichs verwiesen: <https://bedrohte-ordnungen.de/> (01.03.2023).

sogenannte Bedrohungskommunikation⁴ überlagert schließlich alle übrigen Themen; sie ist gekennzeichnet durch einen hohen Grad an Emotionalisierung, verweist auf existenzielle Dramatik und argumentiert in der Regel mit dem Faktor Zeit. Angela Merkels Fernsehansprache vom 18. März 2020 erfüllt diese Kriterien geradezu idealtypisch.

Hat die Bedrohungskommunikation erst einmal hegemonialen Charakter gewonnen, hat also die Diagnose einer vorliegenden Bedrohung weitgehende Akzeptanz gefunden, setzt ein hochdynamischer Prozess ein, den wir als *re-ordering* bezeichnen wollen. Dieser Terminus soll deutlich machen, dass das nun folgende Geschehen grundsätzlich offen ist: Die Rückkehr zur alten Ordnung stellt einen ebenso seltenen Ausnahmefall dar wie der völlige Zusammenbruch einer Ordnung; auch die Etablierung einer neuen Ordnung ist keineswegs zwingend. Vielmehr setzt nun ein komplexes Ausagieren ein, ermöglicht nicht zuletzt dadurch, dass Akteuren jene Ordnungen, die bis dahin implizit gelebt, gestaltet und durch den unbewussten Vollzug von Routinen stabilisiert wurden, plötzlich ansichtig werden, dass sie ihnen fragil erscheinen, aber auch beschreibbar, bewertbar – und nicht zuletzt auch modellierbar.⁵ Einige Betroffene bemühen sich darum, möglichst rasch die ‚alte Ordnung‘ zu restituieren, wohingegen andere in der neuen Situation besondere Chancen sehen und den Veränderungsprozess zu beschleunigen, aktiv zu gestalten oder gar zu kontrollieren versuchen. Wiederum andere verfallen in Resignation und ziehen sich, soweit möglich, aus der Mitwirkung am *re-ordering* zurück. Das *re-ordering* eröffnet einen Möglichkeitsraum, in dem sich ein Wechselspiel von Bedrohungsdiagnosen und Bewältigungspraxis vollzieht: (Miss-)Erfolge der Bewältigungspraxis – denn nur selten mündet eine solche direkt in das Ende einer Bedrohten Ordnung – führen zu modifizierten Bedrohungsdiagnosen und lösen neue Bewältigungspraxis aus. In den meisten Fällen führt dieses Wechselspiel, für das im SFB mitunter die Metapher der Drehtür verwendet wird, zu einer allmählichen Veränderung der Ordnung, bei der sich die Bedrohung im Sinne einer Selbstalarmierung aus der Ordnung heraus allmählich abschleift: Die Bedrohungskommunikation und mit ihr der Grad an Dramatisierung und emotionaler Aufladung nehmen allmählich ab, der (gefühlte und / oder tatsächliche) Zeitdruck lässt nach, so dass auch der Handlungs- und Entscheidungsdruck für die Akteure zurückgeht. Allmählich gewinnen sie wieder Vertrauen in alte, modifizierte oder neue Routinen und generieren neue Erwartungssicherheiten. Die meisten Bedrohten Ordnungen

⁴ Nach Werner Schirmer, *Bedrohungskommunikation. Eine gesellschaftstheoretische Studie zu Sicherheit und Unsicherheit*, Wiesbaden 2008. Zur Bedrohungskommunikation vgl. Fabian Fechner u. a., „We are gambling with our survival.“ Bedrohungskommunikation als Indikator für bedrohte Ordnungen, in: Frie / Meier (Hrsg.), *Aufbruch – Katastrophe – Konkurrenz – Zerfall* (wie Anm. 3), 141–173.

⁵ Vgl. Frie / Nieswand, „Bedrohte Ordnungen“ als Thema der Kulturwissenschaften (wie Anm. 3), 6.

enden also nicht abrupt, sondern schleichen sich aus. Die Ausrufung eines Normalzustandes ist eher selten.

Eine Entwicklung dieser Art lässt sich – zumindest in Deutschland – auch für die Monate nach der Verhängung des partiellen *lockdown* Mitte März 2020 konstatieren. Sie waren zunächst geprägt von hoher Emotionalität im Angesicht einer potenziell tödlichen Seuche sowie begründeten Ängsten vor dem Verlust sozialer Bindungen und wirtschaftlicher Existenz. Die Diskussionen in den Medien spiegeln diese Emotionalität ebenso wie den Zeitdruck, unter dem die Bewältigungspraxis stand (z.B. die zügige Entwicklung von Impfstoffen und Therapien), und das Agieren unterschiedlicher Interessengruppen, die darum bemüht waren, den *re-ordering*-Prozess aktiv mitzugestalten. Als 15 Monate nach dem ersten Lockdown, am 30. Juni 2021, jene Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ausliefen, die im Vierten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite⁶ – der sogenannten Bundesnotbremse⁶ – festgelegt worden waren, verfestigte sich vielfach der Eindruck, die Bedrohung sei überstanden. Sinkende Inzidenzen, Fortschritte beim Impfen, sommerliche Temperaturen, die Möglichkeit, wieder Urlaub im Ausland zu machen und die Fußball-Europameisterschaft suggerierten eine Rückkehr zur Normalität und erhoben den 30. Juni 2021 damit zu einer symbolischen Schwelle.

Die Bedrohte Ordnung endete jedoch, das lehrt ein näherer Blick auf das *re-ordering*, keineswegs an diesem Tag. Sie hatte bereits im Sommer 2020 begonnen, sich allmählich auszuschleichen, kaum wahrgenommen von der Öffentlichkeit. Bedrohungskommunikation und Emotionen hatten sich längst auf Seitenaspekte verlagert (Diskussionen um die Verhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen, Maskenaffäre, zu langsamer Impffortschritt usw.); Zeitdruck hatte nachgelassen (und verstärkte sich erst wieder mit der Verbreitung der Delta-Variante des SARS-CoV-2-Virus ab Beginn des Jahres 2021), die Mehrheit der Akteure hatte Wege gefunden, sich mit der neuen Situation zu arrangieren. Die kurze Phase einer als existenziell wahrgenommenen Bedrohung, nicht zuletzt auch gekennzeichnet durch mangelndes Wissen hinsichtlich des Virus, seiner Verbreitungswege, der Therapiemöglichkeiten usw., war bereits im Sommer 2020 zu Ende gegangen. Was seitdem folgte, war eine empirisch fundierte Pandemiesteuerung, welche die Etablierung neuer Routinen ermöglichte (Masken im Alltag, Home Office, Abstandsgebote, Testpflicht usw.). So problematisch der Begriff der ‚neuen Normalität‘ in politischer Hinsicht auch ist, so treffend beschreibt er die gegenüber der Bedrohten Ordnung veränderte Lage seit Sommer 2020 – wenn gleich von den meisten Menschen unbemerkt.

Um die Jahreswende 2021/22 indes schien die tödliche Bedrohung massiv zurückzukehren: Mit der Ausbreitung der hochansteckenden Omikron-Variante

⁶ https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/B/4_BevSchG_BGBL.pdf (01.03.2023).

des Virus schnellten nicht nur in Deutschland die Infektionszahlen rasant in die Höhe und es folgte Welle auf Welle – erstmals nun auch bis tief in den Sommer hinein (sog. Sommerwelle 2022). Dennoch wurde nicht mit neuen *lockdowns* und Schulschließungen reagiert; das öffentliche Leben konnte vielmehr aufrechterhalten werden, und dies wurde nun auch als politisches Ziel verkündet. Grund dafür war die bald auch empirisch fundierte Erkenntnis, dass die Omikron-Variante und die von ihnen ausgehenden Subvarianten in der Regel weniger gefährliche Krankheitsverläufe verursachten als der Wildtypus und die Delta-Variante des Virus, dass die Zahl der Verstorbenen nicht in demselben Ausmaß anstieg wie die Inzidenzen und dass auch das Gesundheitssystem den Belastungen standzuhalten schien; gleichzeitig hatten die Menschen inzwischen weitere Fortschritte gemacht in ihrem Lernprozess, „mit dem Virus zu leben“, d. h. die Krankheit COVID-19 innerhalb ihrer alltäglichen Routinen zu verankern und als Teil des Daseins zu akzeptieren.

Vor allem aber bestimmte inzwischen eine neue Bedrohung die öffentliche Wahrnehmung: Nachdem am 24. Februar 2022 der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hatte, verlor die auf die Pandemie ausgerichtete Bedrohungskommunikation endgültig ihren hegemonialen Charakter. Seit Kriegsbeginn stehen COVID-19 und die von dieser Krankheit ausgelösten Krisen (Störung von Lieferketten, wirtschaftliche Probleme, psychosoziale Folgen der Pandemiephase usw.) im Schatten des Kriegsgeschehens und der dadurch ausgelösten globalen Verwerfungen, die in Europa insbesondere die Energieversorgung betreffen. Eine neue Bedrohte Ordnung hat sich etabliert, auch sie getragen von einer hochgradig dominanten Bedrohungskommunikation, von Zukunftsängsten (atomare Eskalation, ökonomischer Niedergang u. a.) und emotionalen Auseinandersetzungen, von denen auch die Politik nicht ausgenommen blieb. Selten wurde im Deutschen Bundestag derart emotional debattiert wie in der Aussprache vom 7. September 2022, in der es nicht nur um den Kurs der Bundesregierung gegenüber den Kriegsparteien ging, sondern auch um ebenso grundsätzliche wie folgenreiche energiepolitische Entscheidungen. Die wenige Tage zuvor beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der erwarteten Winterwelle(n) des Coronavirus hingegen wurden zwar in den Medien eifrig kommentiert, vermochten jedoch nicht annähernd mehr eine ähnliche Intensität an Bedrohungskommunikation und Emotionen zu erzeugen wie noch in den Jahren 2020/21. Bedroht zu sein, d. h. eine existenzielle Gefahr individuell und kollektiv wahrzunehmen, hängt offenbar in hohem Maße von der Ordnung und den Formen und Momenten ihrer (Selbst-) Alarmisierungen ab.

Das Wechselspiel zwischen Bedrohungsdiagnose und Bewältigungspraxis, das allmählich aus der Bedrohten Ordnung herausführt, wird von zwei Prozessen mitgesteuert, die für die Forschungen im SFB nicht minder zentral sind, da sie sich sowohl theoretisch wie auch empirisch als grundlegend erwiesen haben: Mobilisierung und Reflexion.

Akteure und Akteursgruppen bemühen sich während des *re-ordering*, Menschen und materielle Ressourcen in Bewegung zu setzen, um eigene Interessen zu verwirklichen. Dieser Aspekt ist deshalb von hoher Bedeutung, weil mit ihm eine Neukonfiguration von Machtverhältnissen einhergeht. Macht kann sich dabei in unterschiedlichen Formen realisieren – als spezifische Form von Autorität (Charisma), als Resultat von Zwang und Gewalt oder durch die Verfügung über wichtige Ressourcen. Dass Mobilisierung und das damit einhergehende Ringen um Macht auch in der Corona-Krise eine wichtige Rolle gespielt haben, lässt sich an einigen Schlaglichtern festmachen: Den Demonstrationen von ‚Querdenkern‘ und ihrer zunehmenden Unterwanderung durch extremistische Gruppen, die eigene politische Interessen verfolgen; dem öffentlich ausgetragenen Ringen um die Rolle ‚der‘ Wissenschaft, aber auch dem Gewicht, das einzelnen Stimmen – namentlich Virologen – plötzlich zukam, wenn es um die Legitimation weitreichender politischer Entscheidungen unter hohem Druck ging. Gegenwärtig (September 2022) deutet sich an, dass im Kontext des Ukraine-Krieges ähnliche Muster zu beobachten sind: Gedroht wird mit neuen, gleichfalls extremistisch unterwanderten Demonstrationen und Unruhen, einem „heißen Herbst“, aufgrund der rasant gestiegenen Energiepreise, während Politikwissenschaftler und im Ruhestand befindliche Generäle den Virologen in der medialen Präsenz bereits den Rang abgelaufen haben. Jede Bedrohte Ordnung bringt ihre eigenen Experten hervor.

Reflexionsprozesse in Bedrohten Ordnungen verbinden sich häufig mit Fragen und Diskussionen um Identitäten und Alteritäten; dementsprechend kristallisieren sie sich nicht zuletzt in gesellschaftlicher und politischer Praxis von In- und Exklusionsprozessen. Darin spiegelt sich die Sorge, in der Bedrohten Ordnung nicht mehr über hinreichend Ressourcen zu verfügen, worauf mit Ausschlüssen und Privilegierungen reagiert wird. Zu den ersten Eindämmungsmaßnahmen gegen die Ausbreitung von COVID-19 gehörte die Schließung der Grenzen innerhalb des Schengen-Raumes – zum Schutz national verstandener Bevölkerungen. Auch der bald einsetzende Kampf um die Impfstoffe wurde inmitten der Bedrohten Ordnung mit nationalen Referenzen geführt, gegen die Verweise auf supranationale Zugehörigkeiten (europäische bzw. Weltbevölkerung) einen schweren Stand hatten: Schon während der Entwicklungs- und Erprobungsphase im Jahr 2020 sicherten sich einzelne Staaten größere Mengen der erwarteten Impfstoffe. Seit der russischen Invasion der Ukraine hingegen beginnt sich ‚der Westen‘ neu als Einheit zu profilieren; NATO und EU, aber auch Organisationsformen wie die G7 versuchen die Vielstimmigkeit der letzten Jahre abzulegen und als schlagkräftige Akteure aufzutreten, auch dieser Prozess aber getrieben von nationalen Interessen wie den NATO-Beitrittsbemühungen Schwedens und Finnlands oder der aus historischen Erfahrungen erwachsenen Russlandpolitik der baltischen Staaten.

Zumindest am Beispiel der gegenwärtigen COVID-19-Pandemie und des Krieges in der Ukraine scheint sich das im SFB 923 entwickelte *re-ordering*-Modell also zu bewähren. Der Anspruch, der mit seiner Etablierung verbunden war, ging aber weiter: Das Modell sollte raum-, zeit- und disziplinenübergreifend anwendbar sein und die Möglichkeit bieten, unterschiedliche Situationen Bedrohter Ordnung vergleichend miteinander in Beziehung zu setzen. Um dies zu erproben, fand im September 2016 die Tagung ‚Bedroht sein. Gesellschaften unter Stress im Vergleich‘ statt. Dazu wurden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die thematisch oder konzeptionell affine Themen bearbeiteten, nach Tübingen eingeladen, um in einen Dialog mit der SFB-Mannschaft zu treten. Gleichzeitig haben Mitglieder des SFB Einblick in ihre eigenen Forschungen gewährt und erste Experimente mit dem *re-ordering*-Modell gewagt. Die Ergebnisse dieses produktiven Austausches werden an dieser Stelle vorgelegt. Sie erweitern nicht nur das empirische Reservoir des SFB um weitere Fälle, sondern bieten auch Anregungen, das *re-ordering*-Modell auszudifferenzieren, weisen auf dessen Stärken, aber auch auf die Schwächen hin. Die Vorträge dienten als eine Grundlage für die weitere Arbeit im SFB.

Der Althistoriker Bernhard Linke (Bochum) nutzt das *re-ordering*-Modell, um die Situation Roms nach der verheerenden Niederlage gegen die Karthager im Jahr 216 v. Chr. einer neuen Analyse zu unterziehen, und zeigt auf, dass – anders als in der Forschung zumeist angenommen – damals durchaus Reformpotenzial vorhanden war. Mit Blick auf das Modell rät er, auch „dezentrale Reflexionsprozesse über Ordnung“ (S. 30) stärker in den Blick zu nehmen.

Ebenfalls aus althistorischer Perspektive argumentiert Aloys Winterling (Berlin). Seine Untersuchung der außergewöhnlichen Ehrungen Caesars mündet in die paradox anmutende These, dass die römische Republik sich umso mehr stabilisierte, je instabiler sie wurde. Die allmähliche Umgestaltung der politischen Ordnung Roms lasse sich daher weniger als Übergang von der Republik zur Monarchie beschreiben denn als Involution – womit sich Ordnungen erfassen ließen, „die sich selbst bedrohen infolge ihrer Unfähigkeit, auf Bedrohungen zu reagieren“ (S. 35).

An einem Beispiel aus dem späten 9. Jahrhundert zeigt der Tübinger Mediävist Steffen Patzold, wie Recht und Geschichte als ordnungsstabilisierende Ressourcen in einer Bedrohten Ordnung nicht nur wirken können, sondern eigens erst hergestellt wurden. Seine Analyse einer unter der Aufsicht des Abtes und Politikers Hinkmar um 880 in Reims entstandenen Sammelhandschrift macht deutlich, wie Texte aus älteren Bedrohten Ordnungen neue Kontexte und Funktionen gewannen sowie Erfahrungen in die Bewältigungspraxis einbrachten.

Mit Steffen Patzold teilt der Mediävist Christoph Dartmann (Hamburg) das Interesse, den Kommunikationsbegriff aus der Perspektive seiner Disziplin für den SFB zu schärfen. Seine Hinterfragung des gängigen Narrativs, Veränderungen als Bedrohung vorheriger Ordnungen zu beschreiben, führt zur Dekon-

struktion traditioneller Vorstellungen vom Mittelalter und macht deutlich, dass nicht zuletzt die Frage, „was eigentlich als Ordnung beschrieben werden kann“ (S. 88), zentral ist.

Indem er die Situation der Jahre 1518–1528 in Bern als Bedrohte Ordnung fasst, schafft der mediävistische Germanist Klaus Ridder (Tübingen) einen analytischen Rahmen, um die Fastnachtspiele des Niklaus Manuel neu zu analysieren. Als Bedrohungstheater verfolgten diese spezifische Strategien, um die Anliegen der Reformatoren einem größeren Publikum zu vermitteln, und trugen damit zur Durchsetzung einer neuen Ordnung bei.

Mit dem komplexen Verhältnis von Macht und Mobilisierung beschäftigt sich ein Beitrag, den eine Gruppe junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Tübinger SFB verfasst hat. Sie legen ein multidisziplinäres und transhistorisches Modell vor, dessen Flexibilität nicht zuletzt auf der Unterscheidung von Machtquellen und Machtmitteln beruht und im Anschluss an drei Fallstudien erfolgreich erprobt wird.

Am Beispiel vorkolonialer ostafrikanischer Gewaltgemeinschaften und ihrer Transformationen führt der Historiker Winfried Speitkamp (Weimar) vor, dass Ordnung und Bedrohung als Perspektivbegriffe verstanden werden können, die nicht immer klar voneinander zu trennen sind: Mitunter „verschwimmen die Grenzen von Ordnung und Bedrohung“ (S. 143), denn auch ein ritualisiertes Gewaltregiment lässt sich in bestimmten Kontexten als Ordnung begreifen, die ihrerseits bedroht werden kann.

Die ambivalente Rolle des Rechts in seiner ordnungsbewahrenden sowie emanzipativen Funktion diskutiert der Tübinger Jurist Jochen von Bernstorff. Er unterscheidet, u. a. in kritischer Auseinandersetzung mit Carl Schmitts Thesen zum Ausnahmezustand, drei Stufen der Bedrohungsintensität in Bedrohten Ordnungen. In diesen öffne sich ein „für Rechtsänderungen und neue institutionelle Arrangements besonders vorteilhafter ‚diskursiver Raum‘, der von Regierungen und gesellschaftlichen Akteuren strategisch genutzt werden kann“ (S. 171).

Berührungsfelder und Unterschiede zwischen dem Tübinger Konzept der Bedrohten Ordnungen und dem Ansatz des in Gießen und Marburg angesiedelten SFB/Transregio „Dynamiken der Sicherheit“ erörtert der Historiker Dirk van Laak (Leipzig), ausgehend von der Fernsehserie *Twin Peaks* aus den 1990er Jahren. ‚Sicherheit‘ und ‚Bedrohung‘ sollten, so sein Plädoyer, als historisch variable, jeweils zeittypisch veränderliche Begriffe gefasst werden.

Vergleichend arbeitet auch die Tübinger Medizinhistorikerin Irene Poczka. Am Beispiel des unterschiedlichen Umgangs mit der Bedrohung durch Antibiotikaresistenzen in den 1950er und seit den 1990er-Jahren weist sie auf, dass Wissensordnungen eine zentrale Rolle für Bedrohungswahrnehmungen spielen, ihrerseits aber wiederum von sozialem Wandel bzw. dessen Wahrnehmung beeinflusst sind.

Aus der Perspektive der Ethnologie und der humanitären Nothilfe fragen Tanja Granzow (Freiburg i. B.) und Gabriele Alex (Tübingen) abschließend nach dem Ende von Bedrohten Ordnungen. Dabei wird die besondere Rolle deutlich, die Hoffnung und Aspiration spielen, um den Raum des *re-ordering* wieder zu verlassen.

Obwohl ein großer Teil der Manuskripte bereits in den Jahren 2017/18 vorlag, hat sich die Publikation der Tagungsbeiträge aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt die Corona-Krise, allzu lange verzögert. Dafür bitten die Herausgeber insbesondere jene Autorinnen und Autoren, die ihre Beiträge fristgerecht eingereicht haben, um Entschuldigung. Es sind aber ebenfalls die aktuellen Ereignisse, die dem Sammelband gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine besondere Aktualität und damit vielleicht auch erhöhte Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen könnten. Abschließend bleibt den Herausgebern noch die angenehme Pflicht, Frau Manuela Mann und Herrn Benjamin Zeeb für die Mitarbeit an der Erstellung der Druckvorlage zu danken.

Tübingen, im September 2022

Ewald Frie / Mischa Meier

Die Konzentration des Politischen und die Dezentralisierung der Bedrohung

Bernhard Linke

1. Hannibal – Die ausgefallene Bedrohung?

Das Jahr 216 v. Chr. brachte zweifellos für die Römer eine der härtesten Bewährungsproben in ihrer langen Geschichte. Eine Serie von militärischen Niederlagen gegen Hannibal gipfelte in der Katastrophe von Cannae, auf dessen Feldern Zehntausende von Römern getötet zurückblieben.¹ Die römische Republik sah sich der größten Bedrohung ihrer Geschichte gegenüber. Dies spiegelt sich auch in der öffentlichen Reaktion wider. Die gesamte Bevölkerung stand unter Schock und in der Stadt Rom spielten sich schreckliche Trauerszenen ab. In dieser Situation griff der Senat ein und verordnete eine Normalisierung des öffentlichen Lebens, um die Gesellschaft zu stabilisieren. Trauerbekundungen wurden zeitlich begrenzt und es wurde sogar beschlossen, religiöse Feste mit ausgelassenem Charakter abzuhalten. Insgesamt vermitteln diese Maßnahmen den Eindruck, dass die Ausnahmesituation schnell überwunden und die Kontinuität hervorgehoben werden sollte. Es scheint so, als ob die Römer die Niederlage schlicht leugneten und trotz dieses dramatischen Rückschlags an ihrer alten Ordnung festhielten.²

¹ Liv. 22,40,4–49,18; Polyb. 3,107–117; App. Hann. 17,73–26,111; Plut. Vit. Fab. 13–16; Cass. Frg. 57,23–29; Zon. 9,1; Flor. 1,22,15–18; Val. Max. 3,2,11 u. 5,6,4. Zu den modernen Interpretationen s. *John Francis Lazenby*, *Hannibal's War: A Military History of the Second Punic War*, Warminster 1978; *Jakob Seibert*, *Forschungen zu Hannibal*, Darmstadt 1993, 227–234; *Adrian Goldsworthy*, *The Punic Wars*, London 2000; *Gregory Daly*, *Cannae. The Experience of Battle in the Second Punic War*, London 2002; *Klaus Zimmermann*, *Roman Strategy and Aims in the Second Punic War*, in: *Dexter Hoyos* (Hrsg.), *A Companion to the Punic Wars*, Chichester/Malden 2011, 280–298, 284–287; *Dexter Hoyos*, *Hannibal's Dynasty: Power and Politics in the Western Mediterranean, 247–183 BC*, London 2003 bietet eine kritische und ausgewogene Darstellung der Feldzüge Hannibals, s. a. *Seibert*, *Forschungen*.

² Zur Lage in Rom nach Cannae s. Liv. 22,54,7–56,8; Polyb. 3.118; 6.58. Fast jeder Römer hatte einen Angehörigen verloren, so betonen es die antiken Quellen, Liv. 22,54–55; App. Hann. 27,115; Zon. 9,2,2–4. Val. Max. 1.1.15 betont die erstaunliche religiöse „constantia“ der Römer trotz der militärischen Katastrophen, während Polybios nachdrücklich die Bedeutung der politischen Ordnung und der militärischen Organisation für den Aufstieg der *res publica* hervorhebt, Polyb. 3,118; 6,12–50. Vgl. *Frank Walbank*, *A Historical Commentary on Polybius*, Vol. 1 *Commentary on Books 1–6*, Oxford 1957, 635–723; zu den Reaktionen auf die Niederlagen der Jahre 218–216 v. Chr. s. jüngst *Simon Lentzsch*, *Militärische Niederlagen in der römischen Erinnerungskultur*, Diss. Köln 2017, 397–442; zur traumatischen Erinnerung s. *Uwe*

Dieses Bild einer Gesellschaft, die so intensiv in traditionellen Werten und kollektiven Orientierungen verwurzelt ist, dass sie selbst in eklatanten Bedrohungskonstellationen nicht davon abwich, entfaltet eine erhebliche Wirkung bis in die moderne Forschung. Der Wille zur Stabilität wird als eine der Ursachen für den gegen alle Widrigkeiten errungenen Sieg über Hannibal angesehen.³ So scheint das republikanische Rom kein gutes Beispiel für die Tübinger Theorie der Bedrohten Ordnungen zu sein, da es selbst in der Phase höchster Bedrohung nicht zu einer Selbstreflexion der kollektiven Ordnung gekommen sei, sondern die Selbstverständlichkeit der bestehenden Ordnung betont wurde.

Den Preis für diese nicht in Frage gestellte Kontinuität bestehender Strukturen habe die römische Gesellschaft aber knapp 100 Jahre später gezahlt. Unfähig sich auf neue Problemkonstellationen und Herausforderungen einzustellen, die aus dem Aufstieg zum Imperium erwachsen, sei die Gesellschaft in eine Krise ohne Alternative abgeglitten.⁴ Die Schlussphase der Republik sei von der Überlastung der alten Strukturen geprägt gewesen, eine Krise aus der die Römer keinen Ausweg fanden.

2. Die Ablehnung repräsentativer Prinzipien im Jahr 216 v. Chr.

Doch wenn man genauer hinschaut, zeigt sich, dass die römische Republik für die Theorie der Bedrohten Ordnung doch nicht so verloren ist, wie man zunächst glauben könnte. Dafür wollen wir uns die Situation nach Cannae noch einmal genauer ansehen. Die enormen personellen Verluste brachten nicht nur militärische Probleme mit sich, auch die Handlungsfähigkeit des Staates schien

Walter, „Memoria“ und „res publica“. Zur Geschichtskultur im republikanischen Rom, Frankfurt am Main 2004, 204–206; Hans Beck, Cannae – traumatische Erinnerung, in: Karl-Joachim Hölkeskamp/Elke Stein-Hölkeskamp (Hrsg.), Erinnerungsorte der Antike. Die römische Welt, München 2006, 204–218.

³ Zimmermann, Roman Strategy (wie Anm. 1), 286–287. Der inszenierte positive Empfang des Varro betont deutlich den Willen zum Durchhalten; Nathan Rosenstein, Imperatores victi. Military defeat and aristocratic competition in the middle and late republic, Berkeley u. a. 1990, 139–140; Sandra Geist, Der gescheiterte Feldherr (dux ferox). Der besiegte römische Feldherr als literarische Figur bei römischen Niederlagen, dargestellt an ausgewählten schweren Niederlagen von der frühen Republik bis zu Augustus, Frankfurt am Main u. a. 2009, 77–95. Die Gefahr, dass die Katastrophe die gesamte Oberschicht desavouierte, war offensichtlich erheblich; Bernhard Linke, Religio und res publica. Religiöser Glaube und gesellschaftliches Handeln im republikanischen Rom, in: Bernhard Linke/Michael Stemmler (Hrsg.), Mos maiorum. Untersuchungen zu den Formen der Identitätsstiftung und Stabilisierung in der römischen Republik, Stuttgart 2000, 269–298, 287–288.

⁴ Christian Meier, Res publica amissa. Eine Studie zu Verfassung und Geschichte der späten römischen Republik, 3. Aufl. Frankfurt am Main 1997 (Erstausgabe 1966) und ders., Die Ordnung der Römischen Republik, in: HZ 300, 2015, 593–697, 597–598; zur Forschungsdiskussion s. jetzt auch Karl-Joachim Hölkeskamp, LIBERA RES PUBLICA: Die politische Kultur des antiken Rom – Positionen und Perspektiven, Stuttgart 2017, 311–327.

gefährdet zu sein. Dies galt vor allem für den Senat, dessen Mitgliederzahl von 300 auf nur noch 123 Senatoren gesunken war (Liv. 23,23,7). In dieser angespannten Situation diskutierten die überlebenden Senatoren über die personelle Ergänzung ihrer Reihen.

Im Rahmen dieser Diskussion hielt der Senator Spurius Carvilius eine lange Rede, in der er darauf hinwies, dass nicht nur der Mangel an Senatoren ein Problem sei, sondern vor allem auch der Personenkreis zu eng sei, aus dem man die Senatoren berufe.⁵ Er machte daher den Vorschlag, auch Senatoren aus den Latinergemeinden zu rekrutieren. Diese Städte waren Wehrsiedlungen, die zwar eine eigenständige Staatlichkeit besaßen, aber eng mit Rom verbunden waren.⁶ Angesichts der enormen Bedeutung dieser Bundesgenossen gerade in diesen schwierigen Zeiten war es naheliegend, die Bindungen dieser Gemeinwesen an Rom zu intensivieren. Als konkrete Vorgehensweise schlug Carvilius vor, dass jede latinische Stadt zwei Senatoren nominieren sollte. War der römische Senat mit den Nominierten einverstanden, sollte ihnen das römische Bürgerrecht verliehen werden und sie dann anstelle der Verstorbenen in den römischen Senat aufgenommen werden.

Eine stärkere Vernetzung mit diesen eng mit Rom verbundenen Städten konnte die Position der Römer in Italien festigen, die durch die Erfolge Hannibals bedroht war.⁷ Insgesamt war der Vorschlag also gut überlegt und in seinem Anliegen sinnvoll. Umso mehr erstaunt die harsche Ablehnung, die der Vorschlag im Senat erfuhr. Nur höchst ungehalten hörten die übrigen Senatoren sich die Ausführungen überhaupt an. Als Carvilius schließlich seine Rede beendet hatte, hagelte es regelrecht heftige Kritik. Die negativen Reaktionen gipfelten in der Aussage des damals wohl einflussreichsten Senators, Quintus Fabius Maximus, der die Vorschläge für vollkommen unüberlegt und sogar für so gefährlich hielt, dass man sie totsichweigen müsste: „Wenn es jemals etwas Geheimes und Heiliges gegeben habe, was den Senat nicht verlassen durfte, dann sei es dieser Vorschlag, den es zu verdecken, zu verheimlichen, zu vergessen und für nicht gesagt zu erachten gelte.“⁸ Mit dieser vernichtenden Stellungnahme von Fabius Maximus war die Sache vom Tisch.

⁵ Liv. 23,22,4–6.

⁶ Zum Ursprung des römischen Herrschaftssystems in Italien s. *Hartmut Galsterer*, Herrschaft und Verwaltung im republikanischen Italien, München 1976; *Tim Cornell*, The Conquest of Italy, in: CAH VII,2, 2. Aufl. Cambridge 1989, 351–419, 364–405; *Rafael Scopacasa*, Rome's Encroachment on Italy, in: Alison Cooley (Hrsg.), A Companion to Roman Italy, Oxford / Malden 2016, 35–56; Forschungsüberblick bei *Tesse Stek / Jeremia Pelgrom*, Roman Colonization under the Republic. Historiographical contextualization of a paradigm, in: dies. (Hrsg.), Roman Republican Colonization. New Perspectives from Archaeology and Ancient History, Rom 2014, 10–44.

⁷ *John Francis Lazenby*, The First Punic War. A Military History, Stanford 1996; vgl. *Michael Fronda*, Between Rome and Carthage. Southern Italy during the Second Punic War, Cambridge 2010, 13–52.

⁸ Liv. 23,22,9: „Eam unius hominis temerariam vocem silentio omnium extinguendam esse

Was aber erregte die Senatoren angesichts des Vorschlags so extrem? Was war so provozierend, dass man die Debatte noch nicht einmal mit einer regulären Abstimmung beenden konnte, sondern die Angelegenheit einfach totzuschweigen beschloss? Sicher war es nicht die Tatsache, dass Carvilius' Reformvorschläge zu einer Aufnahme von Angehörigen aus der Oberschicht der Bundesgenossen in den Senat geführt hätte. Die langfristige Integration einzelner Angehöriger dieser Schicht in die führenden Kreise Roms war eine lang geübte Praxis und stellte eine wesentliche Stärke des Gemeinwesens dar.⁹

Der Grund für die extreme Reaktion war daher wohl eher die Änderung des Auswahlverfahrens, die die Pläne von Carvilius implizierten. Bis zu diesem Zeitpunkt beruhte der Aufstieg einzelner Mitglieder der lokalen Eliten aus den Gemeinwesen der Bundesgenossen auf der Existenz enger Beziehungen zu einzelnen einflussreichen Familien der römischen Oberschicht. Für die römischen Aristokraten bot dieses Geflecht persönlicher Beziehungen den großen Vorteil, dass sie durch die Förderung von politischen Neulingen in Rom die Position ihrer eigenen Familien stärkten. Zudem lag die Adaptions- und Integrationsleistung ausschließlich bei den Aufsteigern. Im Spannungsfeld zwischen regionaler Herkunft und neuer politischer Heimat musste die Priorität zugunsten der politischen Sphäre in Rom gesetzt werden. Auch wenn die Aufsteiger in der Regel enge Bindungen an ihre Herkunftsregion bewahrten, so waren sie doch nach der Übersiedlung nach Rom primär Römer und mussten sich in Rom zunächst den etablierten Familien unterordnen.¹⁰

et, si quid umquam arcani sanctive ad silendum in curia fuerit, id omnium maxime tegendum, occulendum, obliviscendum, pro non dicto habendum esse. Ita eius rei oppressa mentio est“.

⁹ Zur Integration von Angehörigen der italischen Oberschicht in die römische Elite s. *Galsterer*, Herrschaft und Verwaltung (wie Anm. 6); *Jean-Michel David*, The Roman Conquest of Italy, Oxford 1997; *Elizabeth Deniaux*, Patronage, in: Nathan Rosenstein/Robert Morstein-Marx (Hrsg.), A Companion to the Roman Republic, Oxford 2006, 401–420, 410–417; *Rene Pfeilschifter*, The Allies in the Republican Army and the Romanization of Italy, in: Roman Roth/Johannes Keller (Hrsg.), Roman by Integration: Dimensions of Group Identity in Material Culture and Text, (Journal of Roman Archaeology Supplementary Series 66), Portsmouth 2007, 27–42; *Gary D. Farney*, Ethnic Identity and Aristocratic Competition in Republican Rome, Cambridge 2007; die Beiträge in *Martin Jehne/Rene Pfeilschifter* (Hrsg.), Herrschaft ohne Integration? Rom und Italien in republikanischer Zeit, (Studien zur Alten Geschichte 4), Frankfurt am Main 2006 sowie *Saskia Roselaar* (Hrsg.), Process of integration and identity formation in the Roman Republic, Leiden 2012; *Nicola Terrenato*, Private Vis, Public Virtus. family agendas during the early Roman expansion, in: Stek/Pelgrom (Hrsg.), Roman Republican Colonization (wie Anm. 6), 45–59; *Hans Beck*, Beyond „Foreign Clientes“ and „Foreign Clans“. Some Remarks on the Inter-marriage between Roman and Italian Elites, in: Martin Jehne/Francisco Pina Polo (Hrsg.), Foreign Clientelae in the Roman Empire. A Reconsideration, (Historia Einzelschriften 238), Stuttgart 2015, 57–72; *John R. Patterson*, Local Elites, in: Cooley (Hrsg.), A Companion to Roman Italy (wie Anm. 6), 483–497, 485–489.

¹⁰ Berühmte Beispiele für diesen Wechsel stellten die Familien der Fulvii aus Tusculum oder der Otacilii aus Beneventum dar. Dass dieser Schritt in das römische Zentrum nicht immer attraktiv war, zeigt das Beispiel der Octavii aus Velitrae, deren älterer Familienzweig bewusst in ihrer Heimatstadt blieb, während dafür der jüngere nach Rom wechselte, vgl. *Galsterer*, Herr-

Wer diesen Preis eines Wechsels der politischen Identität nicht zu zahlen bereit war, hatte keine Chance auf einen Erfolg im Zentrum der Macht. Diese Machtgrundlage der römischen Aristokratie drohte durch den Carvilius-Vorschlag mit einem Schlag dramatisch geschwächt zu werden. Nicht mehr individuell auf der Basis persönlicher Beziehungen sollten die Angehörigen der lokalen Oberschichten langfristig in den Senat aufsteigen, sondern nach einem festgelegten regionalen Schlüssel, der dem Aufstieg zum Senator eine ganz neue Grundlage gab. Die neuen Senatoren hätten dann kraft eigenen Rechts im Senat gesessen und nicht aufgrund persönlicher Gunstbeweise einzelner etablierter Aristokraten. Die Tatsache, dass ihre Heimatstadt in jedem Fall berechtigt war, zwei Kandidaten zu stellen, implizierte eine gefährliche Verschiebung der Selektion in die politische Sphäre der verbündeten Gemeinwesen. Es ist anzunehmen, dass man in den Latinergemeinden wohl kaum politische Neulinge nominiert hätte, sondern Männer, die sich schon im politischen Leben der jeweiligen Gemeinde bewährt hatten, vor allem durch die Ausübung regionaler Führungspositionen.

Das Qualifikationskriterium der erfolgreich eingeschlagenen Ämterlaufbahn wäre damit letztlich dezentralisiert worden. Das politische System, das auf der Ausübung von Ämtern in Rom basierte, drohte obsolet zu werden, da die Zusammensetzung des Senats in wesentlichen Teilen an die erfolgreiche Karriere in den Städten der Bundesgenossen gekoppelt worden wäre. Der Vorschlag von Carvilius lief also in seiner Konsequenz auf eine völlige Neustrukturierung des Gemeinwesens hinaus. Der politische Raum in Rom hätte auf längere Sicht seine Exklusivität als Zentrum der *res publica* verloren und wäre im Rahmen eines föderativen Systems in ein Spannungsverhältnis zu den politischen Räumen in den lokalen Subzentren gesetzt worden, die eine autonome politische Sphäre besaßen.¹¹

schaft und Verwaltung (wie Anm. 6), 146–148: „Daß der älteste und nicht ein jüngerer Sohn das heimatliche Erbe übernahm, ist dann vermutlich ein Gradmesser für die Wertschätzung, die eine führende Stellung in der Heimatgemeinde bzw. Zugehörigkeit zum römischen Senat damals genossen“ (ebd., 147).

¹¹ Gerade in den vergangenen Jahren entstanden Studien zu einzelnen Regionen Italiens, die den Fokus auf komplexe Akkulturationsprozesse vor Ort legten, s. Kathryn Lomas, *Rome and the western Greeks, 350 BC – AD 200: conquest and acculturation in southern Italy*, London 1993; Guy Bradley, *States, cities, and tribes in central Italy*, in: Edward Herring / Kathryn Lomas (Hrsg.), *The Emergence of State Identities in Italy*, London 2000, 109–129; Andrea Carandini / Franco Cambi (Hrsg.), *Paesaggi d'Etruri*, Rom 2002; Fronda, *Between Rome and Carthage* (wie Anm. 7); Andrew Gardner / Edward Herring / Kathryn Lomas (Hrsg.), *Creating Ethnicities and Identities in the Roman World*, (Bulletin of the Institute of Classical Studies. Supplement, 120), London 2013; Ralph Häußler, *Becoming Roman? Diverging identities and experiences in ancient northwest Italy*, Walnut Creek 2013; Stek / Pelgrom (Hrsg.), *Roman Republican Colonization* (wie Anm. 6).

3. Motive der Ablehnung

Interessanterweise hat diese Diskussion im Senat in der modernen Forschung keinerlei Aufmerksamkeit erfahren. Analysen zu der Auseinandersetzung im Senat fehlen gänzlich, obwohl dies eine der spannendsten politischen Debatten im Senat der mittleren Republik war. Offensichtlich geht die Forschung davon aus, dass diese Diskussion keine grundlegende Bedeutung hatte, da der Vorschlag von Carvilius nur eine erratische Meinungsäußerung in einer hektischen Situation gewesen sei, die keine Signifikanz für die politische Kultur besaß. Die Gegner werden hingegen als herausragende Träger der gesellschaftlichen Tradition und der republikanischen Kollektivwerte angesehen. Daher scheint eine weitere Beschäftigung mit den Plänen von Carvilius unnötig zu sein.

An dieser Stelle kann die Theorie der Bedrohten Ordnungen mit ihrer Kernannahme, dass Gesellschaften in Situationen konstatierter Bedrohung eine besonders identitätsrelevante Diskussions- und Reflexionsdisposition aufweisen, für eine Schärfung der Sicht sorgen.¹² Die wohlüberlegten Pläne von Carvilius zeigen, dass die römische Oberschicht in Krisensituationen sehr wohl fähig war, konstruktive Überlegungen zu institutionellen Reformen der Republik zu entwickeln.

Erhebliches Gewicht gewinnen die Überlegungen dadurch, dass Carvilius kein ‚Nobody‘ war, sondern ein höchst angesehener Mann, der nicht nur das Konsulat bekleidet, sondern auch einen Triumph gefeiert hatte. Es ist eher unwahrscheinlich, dass die Vorschläge spontan und ohne längere Vorüberlegungen entstanden sind. Glaubhafter ist es, dass bereits zuvor das enorme Wachstum Roms im 3. Jahrhundert v. Chr. in Teilen der Oberschicht zu Bedenken geführt hatte, ob die Integrationskraft des Gemeinwesens ohne Reformen langfristig gewährleistet bliebe.

Die Bedrohung von 216 v. Chr. führte also sehr wohl zu einer grundsätzlichen Reflexion in der Oberschicht, die zeigt, dass die Ordnung durchaus disponibel für gesellschaftliche Diskussionsprozesse war. Die verbreitete Sicht auf die römische Aristokratie als einer Führungsschicht, die kaum fähig war, von traditionellen Strukturen zu abstrahieren und auf Bedrohungen der Ordnung mit innovativen Konzepten zu reagieren, muss revidiert werden.

Vor allem die Reaktion der Gegner ist in dieser Hinsicht bezeichnend. Sie warfen Carvilius nicht das Abweichen von gemeinsamen Werten vor, drohten nicht ihn als destruktiven Querulanten darzustellen, der die gemeinsamen Grundlagen verlassen habe, und nutzten nicht die Situation zu einer beeindruckenden

¹² Vgl. Ewald Frie / Mischa Meier, Bedrohte Ordnungen. Gesellschaften unter Stress im Vergleich, in: dies (Hrsg.), Aufruhr – Katastrophe – Konkurrenz – Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften, (Bedrohte Ordnungen 1), Tübingen 2014, 1–27; Ewald Frie / Boris Nieswand (Hrsg.), „Bedrohte Ordnungen“ als Thema der Kulturwissenschaften, in: Journal of Modern European History 15,1, 2017, 5–35.

Demonstration ihrer Geschlossenheit und Werteorientierung, indem sie zum Beispiel durch ein verheerendes Abstimmungsergebnis seine Isolation im Senat formell deutlich machten und somit seine Reputation dauerhaft unterminierten. Die Reaktion fiel vielmehr panisch und in ihrer Form für die ganze republikanische Geschichte einzigartig aus. Offensichtlich hatte Carvilius einen brisanten Punkt angesprochen, dessen öffentliche Formalisierung von anderen Senatoren als äußerst gefährlich angesehen wurde. Sie waren es, die von der Konzentration des Politischen auf die Stadt Rom profitierten. Sie waren dort bestens verankert, ihre Familien seit Generationen präsent und ihre Netzwerke dicht geknüpft. Dies alles waren unschätzbare Startvorteile gegenüber Neulingen und Aufsteigern, die für ihren Erfolg unter enormem Anpassungsdruck standen. Diese Grundlagen ihrer gesellschaftlichen Dominanz sollten nicht öffentlich diskutiert werden.

Diese Angst vor der Öffentlichkeit war gut begründet, da die Dominanz der führenden Familien im Volk alles andere als unumstritten war. So hatte es in den zurückliegenden Jahren erbitterte politische Konfrontationen mit Politikern gegeben, die die offene Gegnerschaft zu den dominierenden Familien sehr erfolgreich als Grundlage für ihre politische Karriere genutzt hatten. Da dieser Unmut sich auch in den Konsulatswahlen niederschlug, muss es auch unter den wohlhabenden Römern, die die Konsulatswahlen bestimmten, starke Ressentiments gegen die Senatsaristokratie gegeben haben, wie die eindrucksvolle Karriere des Gaius Flaminius zeigt.¹³

Diese inneren Konflikte hörten selbst beim Ausbruch des großen Krieges gegen Hannibal nicht auf, sondern beherrschten die Wahlen der ersten Kriegsjahre, die sehr umstritten ausfielen.¹⁴ Erst die katastrophalen Niederlagen von 217 am

¹³ Zur Karriere des Gaius Flaminius, die sich dezidiert im Konflikt mit der senatorischen Oberschicht vollzog, s. *Helmut Wild*, Untersuchungen zur Innenpolitik des Gaius Flaminius, Diss. München 1994; *Burkhard Meissner*, C. Flaminius oder: wie ein Außenseiter zum Sündenbock wurde, in: Karl-Joachim Hölkeskamp/Elke Stein-Hölkeskamp (Hrsg.), Von Romulus zu Augustus. Große Gestalten der Römischen Republik, München 2000, 92–105; *Robert Develin*, The Political Position of C. Flaminius, in: *RhM* 122, 1979, 268–277; *Hans Beck*, Karriere und Hierarchie. Die römische Aristokratie und die Anfänge des cursus honorum in der mittleren Republik, Berlin 2005, 244–268 mildert den in den Quellen hervorgehobenen Gegensatz von Flaminius zum Senat ab; s. a. *Jürgen von Ungern-Sternberg*, The end of the conflict of the orders, in: Kurt Raaflaub (Hrsg.), *Social Struggles in Archaic Rome. New Perspectives on the Conflict of the Orders*, Berkeley u. a. 1986, 312–332; *Rachel Feig Vishnia*, State, society and popular leaders in Mid-Republican Rome 241–167 BC, London u. a. 1996, 11–14.

¹⁴ Zum Wahlkampf von 216 v. Chr. s. Liv. 22,35,1–4; *Briggs L. Twyman*, The Consular Elections of 216 B.C. and the Lex Maenia de patrum auctoritate, in: *CPh* 79, 1984, 285–294, der die Darstellung bei Livius für historisch ansieht, und *Erich Gruen*, The Consular Elections of 216 B.C. and the Veracity of Livy, in: *CSCA* 11, 1978, 61–74, der den Bericht von Livius im Kern für richtig hält, aber die Nachnominierung von Paullus als unhistorisch ansieht; s. a. *Bernhard Linke*, Die Nobilität und der Sieg: Eine komplizierte Beziehung, in: Matthias Haake/Ann-Cathrin Harders (Hrsg.), Politische Kultur und soziale Struktur der Römischen Republik. Bilanzen und Perspektiven, Stuttgart 2017, 383–385; *ders.*, The Political Culture of Rome in 218–212 BCE, in: Valentina Arena/Jonathan Prag (Hrsg.), *A Companion to the Political Culture of the Roman Republic*, Chichester 2022, 509–523; *Beck*, Karriere und Hierarchie (wie Anm. 13), 290–292.